

ischen Dienste verbrauchte Dienstzeit unbedenklich und die in einemständigen Schulamte verbrauchte Dienstzeit vom 2. Lebensjahr an anzutrechnen war, soll in Zukunft einerseits auch bezüglich der als Hilfsgeistlicher und Vikar zurückgelegten Dienstzeit die Anrechnung erst vom 2. Lebensjahr und nach bestandener Wahlfähigkeitserprüfung stattfinden, andererseits die in öffentlichen Schulämtern als Hilflehrer oder Vikar verbrauchte Dienstzeit durchweg unter denselben Bedingungen angerechnet werden. Der Verfassungsausschuss konnte die Frage, ob vom kirchlichen Standpunkt besondere Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf geltend zu machen seien, nur im vernichtenden Sinne beantworten. Es war jedoch noch für den Fall Stellung zu nehmen, daß seitens der Ständedekanatung im Einverstandniss mit der Staatsregierung Aenderungen vorgenommen werden sollten. Da

ungen an dem Gesetzentwurfe vorgenommen werden sollten. Für diesen Fall glaubte der Verfassungsausschuss in der Überzeugung, daß es sich nur um formelle Änderungen oder materielle Änderungen von untergeordneter Bedeutung handeln könnte, sowie in der Absicht, das Inkonstituente des Gesetzes zu dem in dem Entwurfe festgesetzten Zeitpunkte 1. April 1882 sicher zu stellen, empfehlen zu dürfen, die Vertretung der landestadelichen Interessen dem Kirchenregimente zu überlassen. Daher beantragte der Ausschuss: „Die Zwecke wolle beschließen, 1) mit dem Gesetzentwurfe nach obreitsch einverstanden zu sein; 2) das Kirchenregiment zu ermächtigen, etwaigen von der Staatsregierung auf Antrag der Ständeversammlung genehmigten Änderungen des Gesetzentwurfs, sofern sie sich nicht blos auf die Unterklasseen der evangelisch-reformierten Geistlichen beziehen, selbstständig anzustimmen. Der Oberamtsrichter Strauß stellte den Unterantrag zu Punkt 1 die Worte hinzuzutragen: „Und nur die endgültige Bezeichnung über die §§ 10 und 11 bis zur Einführung des wogen Disziplinarverfahrens auszusehen.“ Die genannten beiden Paragraphen handeln von der Penionsentziehung derjenigen Geistlichen, welche disziplinatisch von ihnen Stellen entlohen werden. Auf die Andeutungen des Herrn Rechtsanwalt Krofer, welcher an die Differenz zwischen der Lage der Geistlichen und denjenigen der Staatsbediensteten in Rücksicht auf die neu zu regelnden Penionsverhältnisse hinwies, und des Herrn Bitter Hahn, welcher die im § 2 des Gesetzentwurfs dem Consistorium eingeräumte unteilbare Befugnung eines Geistlichen

Comptoirum eingeräumte unentbehrliche Bezeichnung eines Gentilien nach zurückgelegtem 65 Lebensjahr im Erwerbung zog, erwiederte Seine Excellenz der Herr Staatsminister Dr. v. Gerber etwa folgendes: Es liegt sich nicht verfehnen, daß in der Situation der Geistlichen und der Staatssdiener eine Beschiedenheit vorhanden ist; aber wenn einmal die Wohlthaten der Pensionierung durch den Staat erreicht werden sollten, so war es nothwendig diese Beschiedenheiten zu ignoriren und einen gleichmäßigen Magistab für Geistliche und Staatssdiener einzutreten zu lassen. Aruber bestand der Grundrap, daß die Emeritierung durch die Kirche geschehen müsse und es wurde dadurch bewirkt, daß der Emeritiret wohl oder übel den Nachfolger in seine Stelle absindn müsse. Das ergab ein trauriges Verhältniß für beide Theile. Dieses System verlaßt und bewirkt zu haben, daß ein neuenfreudiger Geistlicher stipp und klar seine Stellung beziehen kann ohne irgendwelche Abhängigkeit in ein Amt der Staatsregierung, welcher alle Anerkennung verdient. Bravo! Wenn jetzt ein Geistlicher seinen Dienst nicht mehr thun kann, so tritt der Staat ein und sorgt für seinen Lebensabend. Der Herr Minister erläuterte alsdann die Bestimmung, daß die höchste Pension nicht mehr als 6000 Ml. jährlich betragen soll. Der Unterschied der Staatssdiener von den Geistlichen beruhe daran, daß die Verdolbung der Staatssdiener von der Regierung im Einvernehmen mit der Landesversammlung festgestellt werde und nach einem bestimmt Gehaltsplane erfolge; bei den Geistlichen dagegen seien es Zivilangestalten, von denen die Höhe des Gehaltes abhänge. Der Staat aber könne unmöglich auf solche Zivilangelegenheiten, die außerhalb seines Zuständigens liegen, ein Pensionsrecht aufbauen, schon deshalb nicht, weil er wissen müsse, welcher finanzielle Aufwand nötig sein werde. Gegenüber den von Herrn Simodalen Hahn ausgeprochenen Zweifeln über die Auslegung der Bestimmung, daß das Landesministerium einen Geistlichen ohne seine Zustimmung nach dem 65. Lebensjahr emeritiren könne, bemerkte der Herr Kultusminister: Garantieen für die Handhabung dieser Bestimmung können nicht gegeben werden. Sie liegen im Vertrauen zu dem Reichstagmente. Das Reichstagsgesetz wird davon sicherlich keinen willkürlichen Gebrauch

machen, keinen Gebrauch, welcher im Widerpruch stande zu den Gemeinden und im Widerpruch zu den Interessen der Kirche. Bravo! Herr Oberbürgermeister Streit bat, die 2 Beratung des vorliegenden Gesetzentwurts bis zur Bevollmächtigung des Disziplinargerichtes zu verschieben. Der Vorstand, Herr Graf v. Ronnenberg, gab die entsprechende Zustützung, woran der Unterantrag Strauß zugeschlagen wurde. Nach Annahme der beiden Anträge des Verfassungsausschusses begütigte Herr Sch. Finanzrat b. Kirchbach einen weiteren Antrag dahin, der mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in einem gewissen Zusammenhang steht. In den Beweggründen zum Gesetzentwurf ist nämlich ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die Möglichkeit hat geschaffen werden sollen, einem Geistlichen unter Umständen die im Dienste der inneren Mission verbrachte Dienstzeit in Anerkennung zu bringen. Der Verfassungsausschlag hatte sich hierbei eines von der 2 Landeskirche angemessenen Antrages zu erinnern, welcher dahin ging, den im Dienste der inneren Mission stehenden Geistlichen die Konfirmation zu ertheilen und ihm dadurch den Eintritt in die bestehenden Pensionärsklaverei zu ermöglichen. Der Antrag des Verfassungsausschusses lautete: Die Synode wolle beschließen, bei der Staatsregierung eine erneute Erwagung der Frage anzuregen, auf welchem Wege einer gewissen Anzahl der mit Genehmigung des Landeskonsistoriums im Dienste der inneren Mission angestellten Geistlichen und deren Hinterlassenen für den Fall der Dienstunfähigkeit oder des Todes eine gleiche Fürsorge wie für die ständigen Geistlichen der Landeskirche getroffen werden könnte. Herr Graf Bismarck v. Schiadt erkannte an, daß bei der Frage der Pensionierung der Vereinsgeistlichen der inneren Mission der Verfassungsausschluß durch Beurteilung der Anzahl einen glücklichen Ausweg gefunden habe und bat, dem Antrage, für welchen die Vereine der inneren Mission sowohl wie deren Geistliche sehr dankbar sein würden, Beurkunft zu geben. Herr Oberkonsistorialrat b. Rohr gab die Erlösung ab, daß der Antrag dem Landeskonsistorium hochwillkommen sei und daß darüber dem Verfassungsausschuß dafür Dank sollte. Nachdem Herr Kämmerer Vedemann den Antrag warm empfohlen habe, wurde derselbe einstimmig angenommen.

problen hatte, wurde dieselbe einstimmig angenommen.

Der „*Sachliche Innungsverband*“, welchem gegenwärtig 51 Innungen mit über 10.000 Mitgliedern angehören, hält am 21. und 22. Juni seines 4. Verbandstage in Pioning ab. Der vom geschäftsführenden Vorstande verfaßten Einladung zum Verbandstage ist die Tagesordnung denselben beigelegt, welche Anträge, die Benennung der Handwerkslehrer von der Berührungs- pflicht bei der Invaliditäts- und Altersversicherung; die Bedenkung der Annahme von Lehrlingen im Verhältniß der Zahl der beschäftigten Meistern; die Verleihung von Vorrechten an freie Handwerker-Beginnungen; die Verneigerung von Aufholzetteln durch die Königl. Rentenverwaltung u. s. w. betreffend, enthält. Ferner ist außer Geschäfts- und Rassenbericht, den jahrgangsgemäßen Wahlen u. s. w. auch die Berichterstattung über die Handwerkskonzessionen in Aussicht genommen. Wie in den Vorjahren sind auch beim diesjährigen Verbandstage des „*Zahl. Innungsverbandes*“ Freitagsfesten, Reitischen u. s. w. ausgeschlossen. Am Sonntag wird eine Vorlesungsleistung stattfinden und am Montag früh 9 Uhr die Hauptversammlung eröffnet und dieselbe erst nach Erledigung der Tagesordnung um Nochmittleage bez. Abende geschlossen werden. Der Verbandsvorstand hat auch an alle noch nicht zum Verbande gehörenden lädt. Innungen einen Aufruf erlassen, wodurch nicht nur zur Theilnahme am Verbandstage, sondern auch zur Mitgliedschaft beim Verbande aufgefordert wird. Letztere ist im eigenen Interesse jedes

Junction auf's Angelegenheit zu empfehlen. Anmeldungen nimmt engegen der Verbandsvorsitzende, Buchdruckereibesitzer A. Schott in Dresden, von dem auch die weitere Auskunft zu erlangen ist.

Die umfassenden Bahnhofsarbeiten im Westen unserer Stadt, bis nach Cotta zu, bieten schon jetzt ein interessantes Bild. Die zukünftige Hafenterrasse, welche unterhalb des alten Maschinenhauses bei dem Schuppen für Petroleum und Süder an der Schusterhausstraße vorbei nach dem Untergelände zu führt, ist energetisch in Angriff genommen. Hunderte von Arbeitern sind hier mit Erdarbeiten beschäftigt. Auf der Schusterhausstraße sollen voreilig die Motoren aus dem Betriebe des zukünftigen Hafens herbeigeschafft werden. Die provisorischen Gleisvorlagen auf dem armen Berliner Bahnhofe geben mit Ende d. R. ihrer Vollendung entgegen. Um diese Arbeit reicht sich der Angriff des zweiten Gleisbaus bis Raumtorf an. Diese Arbeiten beanspruchen einen Aufwand von ca. 1000 Arbeitskräften. Die Legung muß bis zum Hochwasser des nächsten Jahres beendet sein. Deshalb macht der Veränderungsbau jetzt rasche Fortschritte. Während noch an dem Mauerwerk der Kiebler der Niederwasserhoher Ebbeüde tüchtig gearbeitet wird, ist der Verbreiterungsbau der Altbrücke auf Niederwasserhoher Flur beendet und die Altbrücke zweigleisig geworden, der eiserne Überbau, welcher von der Meissner Eisengießerei und Maschinenbauanstalt

ermäßl. Hoföhn in Weichen dargestellt wird, soll in den nächsten Tagen angebracht werden. Betriebs des Baus der Verbindungsahn zwischen der Leipzig-Dresdner und der Berlin-Dresdner Bahn, die zwar vom Bahnhof Coswig an der erstenen, nach der Haltestelle Raumdorf an der letzteren Bahnlinie, wird zur Vornahme der Expropriationsverhandlungen heute Vormittag im Galloth zu Raumdorf Termin abgehalten. Die beheiligten Grundstücksbesitzer, welche in diesem Termine nicht erscheinen, haben zu gewarntigen, daß unerachtet nicht nur mit der Expropriationsverhandlung und Erstattung der Entschädigung, insbesondere auch mit der Überweisung des zu entneigenden, durch Billde abgesteckten Areals, sondern auch die ausgeworfenen Entschädigungen für benutzt gemacht erachtet werden.

— Es ist eine vielgeplagte Gewohnheit, daß Grundstücks-eigentümer oder -Pächter theils durch Blakate auf den Grundstücken, theils durch Bekanntmachungen in öffentlichen Blättern und unbefugte Begehen von Privatwegen oder Betreten der Helder, Heien u. s. w. unter eigener Androhung von Strafe verbieten, vertragliche Strafandrohungen sind, wie jetzt auch die Konzial-justizhauptmannschaft Leipzig bekannt giebt, jedoch wirkungslos; ein Privatmann hat das Recht, eine Strafe anzudrohen, ob eine Handlung strafbar sei, bestimmt sich nach dem allgemeinen Rechte; es nach dem letzteren haben die Eigentümer oder Pächter, welche s umbezogene Betreten ihrer Grundstücke nicht dulden wollen, ihr Recht zu haben. Aber auch der hin und wieder vor kommende Fall von Bekanntmachungen dieser Art durch Gutsverwalter ist unschätzbar zu bezeichnen, denn Strafandrohungen der Polizeibehörden, zu denen die Gutsverwalter gehören, dürfen sich nur auf Gegenstände erstrecken, die nicht durch das allgemeine Recht geregelt sind. Neben die hier in Rede stehende Materie enthält jedoch das allgemeine Recht angiebige und ausreichende Bestimmungen, nach den letzteren würde auch ein durch irgend welche Polizeibehörde (Gutsverwalter z.) erlassenes Verbot des unbefugten Betretens einer Grundstücks als nichtig anzusehen sein. Wohl aber steht nichts entgegen, wenn durch besondere öffentliche Bekanntmachung seitens der Besitzer bez. Pächter vor dem unbefugten Betreten der Feldgrundstücks gewarnt und hierbei auf die gleichzeitigen Strafen hingewiesen wird.

— Ein reicher Mord aufall leichte gestern Nachmittag die Bewohner der Neustadt in Aufregung. Auf der Hellestraße in der Nähe Nr. 4 im Hofe befindet sich das Comptoir eines Herrn Böckel, Inhabers eines Agentur- und Kommissionsgeschäfts, welcher beihaftigte mit Hebamme d. J. einen jungen Mann im Comptoir, den 29 Jahre alten Georg Koch aus Blaues i. B. Dieser war zugleich Stadtresident für ihn, wobei derselbe auch Revision bezog. Bei den Geschäften dieser Art hatte derselbe einen Principal nun in letzter Zeit wiederholt beschäftigt. Herr Böckel hatte dies entdeckt und war gestern im Begriffe, diesem anhört weiter nachzuspüren. Nachmittags gegen 4 Uhr kam er seinem Comptoir am Pult und schrie ohnmächtig an einer Lehnung. Bloßlich bekam er einen tödlichen Schlag auf den Kopf, sodass das Blut hoch aufflog. Er verlor jedoch die Erinnerung nicht, sondern drehte sich nach herum und erwiderte seinen Principal Koch, der mit dem geschwungenen Beile in der Hand in zweiten Stock ausholte. Er packte denselben und riss ihn mit sich zu Boden. Gleichzeitig rief er, so laut er konnte, um Hilfe. Es kam zunächst eine in dem fraglichen Hause wohnende Lohnarbeiterin hinzu, während noch zwei Arbeiter aus dem Nachbarquartier, die den Mörder packten und unzweckmäßig machten. Derselbe, ein kleines Büschchen von schwächlichem Aussehen, war tot und über mit Blut bedekt, welches aus der Wunde seines Principals geflossen war. Er wurde der Polizei übergeben und geführt. Es scheint offenbar keine Absicht gewesen zu sein, seinen Principal zu beraubnen. Dafür sprechen verschiedene Umstände. So z. B. dass er das Beil, welches er zum Schlagen benutzte, bereits am Vormorgen aus dem Stalle des in jenem Hause wohnenden Lohnarbeiters herbeigezogen und im Comptoir verstaut gehalten. Er sagte, dass sein Principal kein Geld in seiner Verhaftheit bei sich habe und da außer diesem und ihm Niemand im Comptoir anwesend war, hätte er seinem Plan wohl leicht durchführen können, wenn der erste Schlag von Erfolg gewesen wäre. Derselbe hat vor der Röntgenwarte durchschlägen, die Wunde ist aber glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

— Nachdem Mittwoch Nachmittags 5 Uhr findet in der VII. Bürgerhalle die ärztliche Auswahl der von den Schulen zur Ausbildung in die Ferienkolonieen in Vorichlag gebrachten Kinder statt. Wie in früheren Jahren unterbreiten die Vorlage dem Ausschüsse die Namen Drei- und vierzehn unserer Bezirksschulen liebenwürdigster Weise. Die Aufgabe war eine nicht leichte, da es doch aus der großen Menge von Bewerbungen bei der vorliegenden Zahl der Vorläge die bedürftigsten und würdigsten Kinder auszuwählen. Wohl mancher rechte beherzigenswerthe Wunsch einer armen Witwe, einer treuherzigen Mutter muss vielleicht erfüllt bleiben. Vieldest sind zur Zeit auch noch nicht die angekündigten Mitteln vorhanden, um wenigstens annähernd dieselbe Zahl von Kindern wie in früheren Jahren zu ihrer Erziehung und Stärkung auszenden zu können, um sie widerstandsfähiger zu machen gegen Krankheiten und Sickerthum. Möchten doch die betreuten Familien, welche so glücklich sind, eine Gebungs- und Andereite möchten zu können, auch der armen Volksschulen gestatten und dem Unternehmen praktischer Nächstenliebe einen Beitrag wiederkennen, damit die so oft erworbene Menschenfeindlichkeit und der hässliche Gemeingott der gesessnen Bevölkerung sich abermal wiederholen. Aus Rücksicht der hiesigen Haute Finance sind in den letzten Tagen ansehnliche Beiträge für die Ferienkolonieen geipendet worden; so von den Herren Generalskonsul Maniewicz und Bantektor Siemperer je 100 Pf.

— Herr Stadtrath Vinge, welcher für die Interessen der ihm unterstellten Stadt-Offizien- und Siechenhaus-Anstalt konstanzlich von Zeit zu Zeit durch kleine seßliche Arrangements schriftliche im das Leben der Armen bringt, wird morgen, Sonnabend, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr bei irgend günstiger Witteberg im Anstaltsgarten für die Bürgelinge ein Concert veranstalten. Ein feierlicher Weise hat dazu Herr Restaurant Hecht von der ehemaligen Ritterhöft im Königl. Grünen Garten seine Kapelle kostenlos überlassen.

— Am nächsten Sonntag gedenkt die Deutsche Straßenabnugesellschaft den Betrieb auf der von den Neustädter abhängigen bis zur Kanonenlinie (Stadtgrenze) weiter geführten Straße zu eröffnen. Die Verbindung nach dem Wilden Mann wird im vorgenannten Endpunkt des Stromgebäude ab durch Omnibusse der Gesellschaft hergestellt werden, welche Vormittags aller 2 Stunden, abmittags stündlich verkehren sollen.

— Heute, Freitag, vollendeten sich 100 Jahre, seitdem die Feuerzüglichen Glocken zum 1. Mole geläutet wurden. Dem folge wird der an jedem Freitag Abends 7 Uhr stattfindende Feuerwehrdienst sich heute zu einer Art Erinnerungsfeier gestalten.

— Gestern Vormittag gegen 10 Uhr paradierte das 2. Feldartillerieregiment Nr. 28 aus dem Marode von Pirna aus dem Schießplatz Zehlendorf unsere Stadt. Punkt 7 Uhr wurde das Regiment von Pirna abgerückt. Auf den ganzen Marod sind für 1. Tage bestimmt; das erste Quartier wird im Leibgau und Leisnitz genommen. Generalmajor Haberland war dem Regiment, an dessen Spitze Oberleutnant v. Habenhorst ritt, bis nach Zehlendorf entgegengetritten. Von 14. d. bis 5. Juli finden in Zehlendorf die Übungen im Scharfshießen statt. Der Abmarsch des gesamten 2. Feldartillerieregiments Nr. 28 vom Schießplatze Zehlendorf erfolgt am 6. Juli. Den Rückmarsch wird das Regiment bei Nadeburg-Nadeberg nehmen und demzufolge am 6. Juli bei Nadeburg und am 7. Juli bei Nadeberg Marschquartiere beziehen. Am 8. Juli gegen Mitttag wird das Regiment, von Cospitz über die Straße kommend, wieder in Pirna eintreffen.

— Im Laufe der vorigen Woche bereiteten mehrere von der sächsischen Konsulat-Kommission in Riel abgeordnete Herren die bayrische Oberpfalz, aus welcher Granitquaderen für den Norddeutschen Kanal geliefert werden, die Elbe von Hirschfleischen bis Niesau und die Saale, um sich über Bezugssquellen von Steinmaterial zu unterrichten.

— Die technischen Hochschulen des Deutschen Reiches wurden im Winterhalbjahr 1890/91 von 3536 Studirenden besucht, welche sich auf Hochschulen wie folgt vertheilten: Aachen 137, Berlin 163, Braunschweig 12, Darmstadt 262, Dresden 276, Hannover 68, Karlsruhe 496, München 500, Stuttgart 327. Diesen studirten 18 Architekten, 651 Bauingenieurwesen, 1278 Maschinenbau, 117 Schiffbau, 632 Chemie und Hüttentechnik. Die übrigen vertheilten sich auf verschiedene Fächer, die nicht auf allen technischen Hochschulen vertreten sind, z. B. Pharmazie, Bergbau, Landwirtschaft, Jurisprudenz u. c.

— Die in der Sonntagsnummer befindliche Ausstellung be-

— Die in der Sonntagsnummer beruhende Auslassung des Herrn Dr. Wagnmann-Sayda über den Preis der Wolltuch, in welcher die Schuld an den hohen Preisen derselben dem Gewinn eines Zwischenhändlers in den Städten zugeschrieben wurde, hat auch in den Kreisen der Letzteren eine Blethe gewürter Entgegнungen erzeugt. Alle dieselben sind hier natürlich nicht wiederzugeben, viel-

„Lehr ist dies auf ihren Hauptinhalt beschränkt. In einer Neuerung heißt es: „Die Zuschrift muss bei dem Publikum die Ansicht erzeugen, dass es die bösen Milchhändler sind, welche dieses Rauhrgummimittel willkürlich vertheuen, um einen Nutzen nach jüdischer Art von 75-100 Proz. einzubehalten. Die Sache, wie Herr Dr. Bl. sie darstellt, erweist ja auch ganz plausibel, indem sie durch Zahlen bewiesen ist, deren Richtigkeit hinsichtlich Einlouß- resp. Verkaufspreis nicht in Abrede gestellt werden soll. Dagegen liegt der Auslassung über den angegebenen Nutzen der Zwischenhändler doch ganz entschieden ein Irrthum zu Grunde, weil den Verlusten, welche der Zwischenverfehr natürgemäß erleiden muss, keine Bedeutung getragen ist. Will Herr Dr. Bl. alle die Verluste des Händlers – von allgemeinen Speisen, nämlich Wurst, Wöhne, Eis, Beleuchtungs- und anderen Unkosten gar nicht einmal zu räden – tragen, als da sind: Verluste der Milch durch Wittringsverhältnisse oder Mangels Abnahme durch die Konsumanten; Einbuße am Verkaufsgewinn namentlich bei Abgabe von halben und Viertel-Litern, sowie dem nicht ganz zu vermeidenden Kreditgeben; die vielfach bestehende Verpflichtung des Händlers, der Kundenheit die Milch in's Haus zu tragen, wozu er noch extra Beute eventl. auch Gewicht halten muss und was dergleichen Unkosten noch mehr sind –, dann wird gewiß jeder Milchhändler freudig wieder mit 10 Proz. wahrscheinlich auch noch mit weniger vorlieb nehmen. Der Zwischenhändler vertheuert die Milch nicht über Gebühr, vielmehr sind die bösen Vieche eines Theils sowohl mittelbar wie unmittelbar auf die Konsumanten selbst, andertheils auf Utrachten und Kaufmänner, die weder Landwirth, noch Consumanten, noch Zwischenverfehr zu bezeichnen vermögen.“

— Die Ressource der Dresdner Kaufmannschaft hat ihre für heutige geplante Feierabend-Partie nach der Lübnitz insge folge ungnühtiger Witterung bis auf Weiteres verschoben.

— Das Königsschach ist vorbei gespielt. Schach ist nun abgeschlossen und beginnt Sonntag, d. 14. ds., und dauert bis mit 18. Mai Donnerstag (18.) findet das Schlusschach statt, während am darauffolgenden Sonntag die Declaration des Schachkönigs, der Ritter- und Pramierschach, sowie die Gewinnvertheilung vorgenommen wird. Wie früher ist damit das Königsmahl und der Ball verbunden.

— Herr Cigarettenhändler Schneider, Siegelsstr., erlaubt uns, mitzuteilen, daß der Heilandsgeist Boldt, der am vergangenen Sonnabend mit dem Maurer Conrad einen Raub in dem Schneider'schen Cigarettengeschäft geplant hatte, bei ihm nie als Verkäufer bestätigt gewesen ist, sondern daß er nur zuweilen in dem Geschäft erscheint.

— Das Mitternacht Freischaff bei Vogelsang ist in diesen Tagen

— Das Rittergut Kreischau bei Rothenburg ist in diesen Tagen aus dem Besitz des Rittergutsbesitzers Dittrich für 700,000 Mk. an den von Jenefen kauflich übergegangen.  
— Tiefenbrunn. Der Bürgermeister von Schönau,

Der Bürgermeister von Schonau, Herr Franz Waage, wurde am 31. v. M. der Teplicher Badearzt, königl. preußischer Geheimrat Dr. Peter Seiche, Edler von Nordenheim, am 3. d. M. durch den Tod seinem verdienstvollen Wissen für den gemeinnützigen Nutzen entzogen. Dr. v. Seiche war der Arzt Kaiser Wilhelms des Echten, als dieser noch dem im Jahre 1887 gegen ihn verübten Attentat hier Heilung und Genesung suchte und fand. Die außerordentlich große Theilnahme von zahllosen Leidtragenden an den Feierlichkeiten beider Zahlungsabreden gab Zeugnis von der Schwere des Verlustes, den der Nutzen zu beklagen hat. Da Dr. v. Seiche zugleich auch Chefarzt am hierigen königl. preußischen Militär-Badeinstitut war, so gaben ihm auch alle jetzt darlebti zur Badekur anwendenden Militärs auf einem leichten Wege das Ehrengeleite. Dr. v. Seiche war in dem nahegelegenen Kuhlm am 4. Dezember 1816 als Sohn des dortigen Lehrers geboren. Schon 1845 überseßelte er nach Teplich, wo er sich bald durch die gewinnenden Eigenheiten seines Herzens und eine Tüchtigkeit als Arzt einen weiten Kreuzes- und Patientenkreis gewann, dem die heuttagendsten Besucher unseres Bades angehörten.

— In Jahnbach brannte gestern Nacht das dem Kohlenhändler Schletter gehörige Wohn- und Scheunengebäude mit sämtlichen Möbeln und Vorräthen vollständig nieder. Der Kalamitus ist ob dieses Schlag's um so mehr zu bedauern, da er vollständig —

ung des örtlichen Theiles Seite 9

Tagesgegenwart

**Deutsches Reich.** In Anknüpfung an eine Erklärung der Karlsruher Zeitung, des Orangs der badischen Regierung, daß es dem Wohle des Deutschen Reiches nicht strommen könne, wenn die politische Situation so dargestellt werde, als ob die Danzbarkeit, wie wir dem Fürsten Bismarck für seine weltgerichtlichen Verdienste schuldig sind, zu einer Opposition gegen die regierende Regierung des Reiches verpflichte, äußert sich die "Kölner Zeitung" unter der Überschrift "Fürst Bismarck und die Nationalliberalen" in nachstehender Weise: "Der Achter dieser bemerkenswerten Rundgebung liegt unseres Erachtens darin, daß die Darstellung falsch ist. Niemand hat behauptet, daß die Danzbarkeit gegen den Fürsten Bismarck zur Opposition gegen die Reichsregierung verpflichte. Die Frage, welche auf der Tagesordnung stand, lautete vielmehr, ob die Rücknahme auf die gegenwärtigen Machthaber zu einem liebbedienlichen Abrücken von dem Begründer des Deutschen Reiches hinführen dürfe. Es gehtt ohne Zweifel Leute, welche vor Jahren den Rücken nicht tief genug vor dem damaligen Reichsfanzer beugen konnten und welche jetzt nicht wissen würden, in welche Höhe sie sich deuten sollten, falls Fürst Bismarck im Reichstag erscheine. Derartige Elemente mögen sich als natürliche Stützen jeder wie immer gearteten Regierung betrachten; aber wir glauben, daß keine Regierung aus ihre selbstverständliche Gesellschaft irgende

Kaiser Wilhelm wird am 1. Juli in Amsterdam eintriften. Am 3. besucht er den Haag und reist Abends nach Rotterdam, wo er nach mehrstündigem Aufenthalt seine englische Nacht bestreichen wird. Die Königin-Mutter und die junge Königin werden den Kaiser herzlich begrüßen.

Gegenüber der Mittheilung des Staatsanwalts in Bezug auf die Verhüldigungen gegen Geh. Rath Baare erklärte Zusangl, er halte die Verhüldigung gegen den Bochumer Verein und Baare vollständig aufrecht. Er habe weiteres Beweismaterial der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Wegen der erwähnten Erklärung des Staatsanwaltes Sandmeyer habe er Beschwerde beim Oberlandesgericht erhoben.

gericht und dem Justizminister erhoben.  
Der amerikanische Regellklub beim Fürsten Bismarck. Die zum deutschen Bundesfest in Hannover aus Amerika eingetroffenen Mitglieder der deutsch-amerikanischen Regellklubs in New-York begaben am Sonnabend während ihres Aufenthalts in Hamburg eine Audienz beim Fürsten Bismarck nachgefunden. Am Nachmittag begaben sich zehn Herren mit ihren Damen nach Friedrichsruh, wo von dem Fürsten, der gerade eine Promenade machte, sehr freundlich empfangen wurden. Die Abordnung bestand aus den Herren Feldmann, Thum, Tripp, Schnakenberg, Schönrich, Behner, Stellmann, Larch, Braun und Vogler. Dr. Feldmann richtete eine Ansprache an den Fürsten und überreichte demselben die Ehren-Regelmedaille des New-Yorker Regellklubs, welche der Fürst freundlich dankend annahm. Unter dem Gedauern, weiter nichts bei sich zu haben, gab er Dr. Feldmann einen von ihm selbst geschnittenen Blumenstrauß, indem er bemerkte, daß er früher selber sehr viel gelegelt habe; aber jetzt, wo er allein sei, sei ihm das Regelspiel ebenso un interessant, als wenn er allein Billard spielen sollte. Zum Schlus wünschte der Fürst den anwesenden Reglern Glück zum Regelfest in Hannover und daß jeder Wurf eine volle Kneipe werde.

In einer in Hamburg stattgehabten Versammlung zur Be-  
ratung von Maßregeln zur Unterstützung der aus Russland aus-  
gewichenen Juden wurde eine Subskriptionsliste zu Gunsten der  
Ausgewichenen aufgelegt, welche Rechnungen im Betrage von  
65.000 M. ergab. In der Versammlung wurde ein Delegierter zu  
der vom Baron Hirsch nach Berlin einberufenen allgemeinen Kon-  
ferenz gewählt.